

28. April 2023

Indien: Regierung weist Berichte von Christenverfolgung zurück

Oberstes Gericht fordert Innenministerium per Frist zur Vorlage von Berichten auf

(Open Doors, Kelkheim) – Die indische Regierung hat als Reaktion auf eine Petition führender indischer Christen die darin vorgetragenen Fälle von Verfolgung als „Unwahrheit“ und „Übertreibung“ zurückgewiesen. Das höchste indische Gericht hatte das Innenministerium zuvor aufgefordert, die Situation der Christen in acht Bundesstaaten zu dokumentieren. Die Christen sind unter Regierung von Premierminister Narendra Modi seit Jahren wachsenden Repressalien ausgesetzt.



Indiens Oberstes Gericht in Neu Delhi: Indische Christen hoffen darauf, dass sich die Richter für eine Stärkung der Religionsfreiheit einsetzen (Copyright: [„Inside the Supreme Court of India“](#), Pinakpani (CC-BY-SA-4.0))

Zweifel an Berichten von Nichtregierungsorganisationen

Hintergrund der aktuellen Entwicklung ist eine Petition aus dem Jahr 2022, die der Erzbischof der Diözese Bangalore, Dr. Peter Machado, zusammen mit dem National Solidarity Forum und der Evangelical Fellowship of India beim Obersten Gericht Indiens eingereicht hat. In dieser „Public Interest Litigation“ weisen sie auf Gewalt gegen Mitglieder der christlichen Gemeinschaft im Lande hin und fordern deren Schutz.

Das Gericht hatte eine [Anhörung zu dem Thema zunächst abgelehnt](#), weitere Anhörungen wurden vertagt, ohne dass sich etwas tat. Die Zentralregierung hatte bereits im August 2022 auf die Petition reagiert und verlauten lassen, die dort erhobenen Anklagen basierten auf „Unwahrheiten und selektiven, eigennützigen Dokumenten“. Regierungsvertreter erklärten beim Obersten Gerichtshof in einer eidesstattlichen Erklärung, alle von den Petenten angeführten Vorfälle seien falsch und

verwiesen zur Begründung darauf, die darin dargelegten Zahlen und Berechnungen fußten auf Daten von Nichtregierungsorganisationen und auf im Internet kursierenden Informationen.

Die Menschenrechtsbilanz Indiens, besonders im Hinblick auf religiöse Minderheiten, war in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand kritischer Untersuchungen, so etwa bei dem von Open Doors in Auftrag gegebenen [Bericht der London School of Economics](#) aus dem Jahr 2021.

Regierung wirft Christen vor, das Ansehen Indiens zu schädigen

Am 29. März 2023 erneuerte der Oberste Gerichtshof Indiens seine Forderung an das Innenministerium. Innerhalb einer Frist von zwei Wochen sollten die Daten über bei der Polizei angezeigte Vorfälle, den Stand der Ermittlungen, erfolgte Verhaftungen und die Anklageschriften im Zusammenhang mit Angriffen auf Christen in den acht betreffenden Bundesstaaten vorgelegt werden. Der Oberste Richter Indiens, D. Y. Chandrachud, wies darauf hin, dass das Innenministerium der erstmals im September 2022 ergangenen Aufforderung nicht in der genannten Frist nachgekommen sei. Einzig der Bundesstaat Haryana habe überhaupt Daten vorgelegt.

Bei der jüngsten Anhörung am 14. April warf Generalstaatsanwalt Tushar Mehta als Regierungsvertreter den Petenten vor, sie wollten nur „den Kessel am Kochen halten“, um das Ansehen des Landes auf internationaler Ebene zu beschädigen. Daher bleibe die Regierung bei ihrem Standpunkt, dass es in Indien keine verbreitete Gewalt gegen Christen gebe. Als Beleg wies Mehta darauf hin, dass die meisten in der Petition genannten Vorfälle (263 von 495) nicht bei der Polizei angezeigt worden seien. Von den 232 Vorfällen, die gemeldet wurden, hätten 73 gütlich beigelegt werden können.

Nach Beobachtungen von Open Doors üben Behördenvertreter einschließlich der Polizei in vielen Fällen Druck auf Christen aus. Eine Meldung von Übergriffen birgt deshalb für Christen häufig zusätzliche Risiken. Unter der hindunationalistischen Regierung von Premierminister Modi haben extremistische Hindus ihren Einfluss auf die Gesellschaft deutlich verstärkt. Gerade in Stammesgesellschaften haben sie dadurch erreicht, dass christliche Konvertiten bedroht, gesellschaftlich ausgeschlossen, vertrieben und von ihrem Umfeld verfolgt werden.

Dem Anwalt der Petenten wurde vom Gericht eine Frist von drei Wochen eingeräumt, um auf die eidesstattliche Erklärung des Innenministeriums zu antworten.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2023](#) belegt [Indien](#) den 11. Platz unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: Open Doors